



Hauptausschuss

19. Sitzung (öffentlich)

21. September 2006

Düsseldorf - Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:25 Uhr

Vorsitz: Werner Jostmeier (CDU)

Protokollerstellung: Heike Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

Zur Tagesordnung

1

a) Schriftliche Beantwortung von in der letzten Sitzung des Hauptausschusses von den Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen formulierten Fragen

Die Landesregierung sagt zu, diese schriftliche Beantwortung nachzuholen.

b) Vorstellung des neuen Leiters der Landesvertretung in Brüssel

1

Der Vorsitzende beabsichtigt, den Punkt „Vorstellung des neuen Leiters der Landesvertretung in Brüssel“ unabhängig davon, ob die Landesregierung sich in der Lage sieht, ein Konzept zu präsentieren, auf die Tagesordnung für die Sitzung am 9. November zu setzen.

1 Verfassungsschutzbericht 2005

2

Vorlage 14/363

- Bericht eines Mitarbeiters des Innenministeriums
- ausführliche Diskussion

Das Innenministerium wird dem Ausschuss einige Texte von Musikstücken aus der rechten Szene zuleiten. Gewünscht wird für die nächste oder übernächste Sitzung des Ausschusses außerdem ein Bericht der Landesregierung über ihre Maßnahmen der politischen Bildung, insbesondere über die diesbezüglichen Angebote der Landeszentrale für politische Bildung, zu dem Thema Extremismus.

2 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen (Verfassungsschutzgesetz Nordrhein-Westfalen - VSG - NRW -)

12

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2211

Gegen den Vorschlag des Vorsitzenden, die Anhörung am 19. Oktober von 15 bis 17 Uhr durchzuführen, erhebt sich kein Widerspruch. Allerdings solle sich der Vorsitzende mit Blick auf die Beteiligung des Innenausschusses wegen des Termins noch mit dem Vorsitzenden des Innenausschusses in Verbindung setzen.

Jede Fraktion solle bis zum 25. September höchstens vier Sachverständige benennen und die von diesen zu beantwortenden Fragen einreichen.

Bestände die Notwendigkeit weiterer Absprachen, solle dies im Kreis der Obleute beziehungsweise der wissenschaftlichen Mitarbeiter/innen erfolgen.

Landtag Nordrhein-Westfalen	III	APr 14/255
Hauptausschuss		21.09.2006
19. Sitzung (öffentlich)		ni-ba

Seite

3 Beziehungen NRW - Israel, Reise des Ministerpräsidenten 12

Bericht der Landesregierung

Vorlage 14/652

- Bericht eines Mitarbeiters der Staatskanzlei
- Diskussion

4 Staatsvertrag über die Vergabe von Studienplätzen 16

Antrag

der Landesregierung

auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag

gemäß Artikel 66 Satz 2 der Landesverfassung

Drucksache 14/2304

- Abgabe einer Beschlussempfehlung an das Plenum zur zweiten Lesung

Der Ausschuss empfiehlt dem Plenum, dem Antrag der Landesregierung auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag gemäß Artikel 66 Satz 2 der Landesverfassung zu entsprechen.

5 Zukunft der Medien - NRW-Landesregierung in der Verantwortung 17

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/1880

- abschließende Beratung und Abstimmung zwecks Abgabe einer Beschlussempfehlung an das Plenum gemäß Vereinbarung der Fraktionen

- ausführliche Diskussion

Der Antrag wird von den Antragstellern abgeändert. Unter III auf Seite 4 solle es unter dem dritten Spiegelstrich nicht „Bundesmedienanstalt“, sondern „Medienanstalt der Länder auf Bundesebene“ heißen.

Der Ausschuss lehnt den so geänderten Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ab.

6 ARD-online-Ausgaben der Realität anpassen 20

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/1564

- abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss vertagt die abschließende Beratung und Abstimmung auf die Sitzung des Hauptausschusses am 19. Oktober, da fraktionsübergreifend noch Gespräche zu dem Antrag stattfinden.

7 Gesetz zur Regelung der Ladenöffnungszeiten (Ladenöffnungsgesetz - LÖG NRW) 20

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2478

- Verfahrensabsprache (*Beteiligung an der Anhörung des federführenden Ausschusses*)
 - Diskussion

Der Ausschuss verständigt sich auf eine nachrichtliche Beteiligung an der vom Wirtschaftsausschuss für den 18. Oktober 2006 vorgesehenen Anhörung zu dem Gesetzentwurf zur Regelung der Ladenöffnungszeiten. Nach Vorliegen des Anhörungsprotokolls soll eine Sondersitzung des Hauptausschusses zur Abgabe eines Votums durchgeführt werden. Das Ausschussesekretariat wird den Termin für die Sondersitzung mit den Obleuten vereinbaren.

8 Agrarstandort Nordrhein-Westfalen durch Bürokratieabbau stärken 23

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/2097

Der Ausschuss verständigt sich einstimmig darauf, auf ein Votum zu verzichten.

- | | | |
|----------|---|----|
| 9 | Verschiedenes | 23 |
| | a) Initiative Kinder- und Jugendmedienschutz 2006, Antrag der Koalitionsfraktionen Drucksache 14/1548 | |
| | b) Zuordnung von Übertragungskapazitäten für Rundfunk | 23 |
| | Vorlagen 14/605 und 14/606 | |
| | Der Ausschuss nimmt die Vorlagen zur Kenntnis. | |
| | c) Terminplanung für das Jahr 2007 | 23 |
| | d) Gesprächstermin von Jens Gabbe, Generalsekretär der Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen, mit dem Hauptausschuss | 23 |
| | Der Ausschuss verzichtet auf einen mündlichen Vortrag von Jens Gabbe; falls von diesem gewünscht, möge er seinen Bericht schriftlich vorlegen. | |
| | e) Vorstellung des Dienststellenleiters der Landesvertretung in Brüssel | 23 |
| | Für die Vorstellung des Dienststellenleiters der Landesvertretung in Brüssel im Hauptausschuss ist der 9. November ca. 12 Uhr vorgesehen. Nach Auskunft von StS Andreas Krautscheid (StK) wird in diesem Zusammenhang auch über den Status berichtet werden. | |
| | f) Vorstellung des Dienststellenleiters der Landesvertretung in Berlin | 24 |
| | Nach Auskunft von StS Andreas Krautscheid (StK) steht der Dienststellenleiter dem Ausschuss jederzeit zur Verfügung. | |
| | g) Gesprächstermin mit dem Vorsitzenden der niederländisch-deutschen Parlamentariergruppe der 2. Kammer des niederländischen Parlaments, Bart von Winsen, sowie dem Generalkonsul der Niederlande, Jan A. M. Giesen, am 9. November mit dem Hauptausschuss | 24 |

Landtag Nordrhein-Westfalen	VI	APr 14/255
Hauptausschuss		21.09.2006
19. Sitzung (öffentlich)		ni-ba
		Seite

h) Deutsche EU-Ratspräsidentschaft: Bericht der Landesregierung 24

Der Ausschuss verständigt sich darauf, den Bericht am 14. Dezember entgegenzunehmen.

i) Zweiter Testlauf des Subsidiaritätsnetzwerkes 24

10 Nordrhein-westfälische Interessen aktiv wahrnehmen: Den Lissabon-Prozess der Europäischen Union bürgernah gestalten 25

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/1659

- abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss stimmt dem Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zu.

Home grown terrorism mache Attentäter für die Sicherheitsbehörden und den Verfassungsschutz erst erkennbar, würden sie tätig, nicht aber vorher. Von daher bedürfe es neuer Ermittlungsmethoden, um diesem Phänomen gerecht zu werden. Zu den Methoden zähle einerseits der Dialog, andererseits aber auch eine Erweiterung der Befugnisse des Verfassungsschutzes, beispielsweise der Auskunftsbefugnisse.

Die im Zusammenhang mit dem Nena-Konzert ermittelten potenziellen Täter kämen aus dem islamischen Milieu. Ob es sich um eine terroristische Vereinigung handele, müssten die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen noch ergeben.

Der **Vorsitzende** weist noch einmal darauf hin, dass die von den Abgeordneten erbetteten Auskünfte entweder an die Obleute oder zur nächsten oder übernächsten Sitzung an den Hauptausschuss gingen.

Staatssekretär Brendel habe auch zugesagt, Musiktexte zur Verfügung zu stellen.

2 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen (Verfassungsschutzgesetz Nordrhein-Westfalen - VSG - NRW -)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2211

(vom Plenum am 31. August 2006 zur federführenden Beratung an den Hauptausschuss sowie zur Mitberatung an den Innen- und an den Rechtsausschuss überwiesen)

Gegen den Vorschlag des Vorsitzenden, die Anhörung am 19. Oktober von 15 bis 17 Uhr durchzuführen, erhebt sich kein Widerspruch. Allerdings solle sich der Vorsitzende mit Blick auf die Beteiligung des Innenausschusses wegen des Termins noch mit dem Vorsitzenden des Innenausschusses in Verbindung setzen.

Jede Fraktion solle bis zum 25. September höchstens vier Sachverständige benennen und die von diesen zu beantwortenden Fragen einreichen.

Bestände die Notwendigkeit weiterer Absprachen, solle dies im Kreis der Obleute beziehungsweise der wissenschaftlichen Mitarbeiter/innen erfolgen.

3 Beziehungen NRW - Israel, Reise des Ministerpräsidenten

Bericht der Landesregierung

Vorlage 14/652

Vorsitzender Werner Jostmeier führt aus, zu diesem Tagesordnungspunkt habe er ausdrücklich Vertreterinnen und Vertreter der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, die Arbeitsgemeinschaften Bonn, Düsseldorf und Münster, sowie Vertreterinnen und Vertre-

